

## Die Verteilung des Reichtums: Analysen und Alternativen

### „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty (2014)

1. Anliegen, Ansatz und Einordnung.....	2
2. Zentrale Befunde .....	5
2.2. Die Verteilung des Reichtums .....	7
2.3. Neue Mittelschicht, Rentiers und Großverdiener .....	9
2.4. Die Rolle der Erbschaften.....	11
2.5. Staatsvermögen und Staatsschulden .....	13
2.6. Kriege, Krisen und Inflation.....	14
2.7. Steueroasen und Steuerhinterziehung .....	17
2.8. Globale Ungleichheiten.....	18
3. Politische Alternativen.....	21
3.1. Gesellschaftsordnung.....	21
3.2. Steuern auf Kapital, Einkommen und Erbschaften .....	22
4. Anmerkungen.....	29

Piketty, T. (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.

## 1. Anliegen, Ansatz und Einordnung

Zumindest die beiden fett gedruckten ersten Worte des Buchtitels von 2014 („Das Kapital“) suggerieren, dass grundlegende Beiträge zur Kapitalismus-Analyse in der Liga der gleichnamigen Bücher von Karl Marx geliefert werden. Was auch immer von Thomas Piketty erwartet wird – geboten wird eine große wissenschaftliche Leistung, allerdings mit einem sehr spezifischen Ansatz zu einer sehr spezifischen Frage. Insofern gibt es sehr fundierte Erkenntnisse und gut begründete politische Gestaltungsvorschläge, die einen ausgezeichneten Einstieg in die Diskussion und die Entwicklung von weitergehenden Fragestellungen bieten.

Im Zentrum der Arbeiten stehen die empirische Untersuchung der ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die fundierte Entwicklung von politischen Alternativen. Piketty interessiert sich „nicht nur für den Umfang der Ungleichheit als solcher, sondern vor allem für die Struktur der Ungleichheit, das heißt für den Ursprung der der Einkommens- und Vermögensunterschiede zwischen den sozialen Gruppen sowie für die verschiedenen ökonomischen, sozialen, moralischen und politischen Rechtfertigungen, mit denen sie gutgeheißen oder verurteilt werden.“ (S. 37).

Die 2014 vorgestellten Kernfragen lauten: „Führt die Dynamik der privaten Kapitalakkumulation zwangsläufig zu einer immer stärkeren Konzentration von Reichtum und Macht in den Händen weniger, wie Marx im 19. Jahrhundert angenommen hat? Oder führen die ausgleichenden Kräfte von Wachstum, Wettbewerb und technologischem Fortschritt von selbst zu einer Verringerung der Ungleichheit und einer harmonischen Stabilisierung in den fortgeschrittenen Entwicklungsphasen, wie Simon Kuznets im 20. Jahrhundert glaubte? (S. 13).

Zwei wichtige Resultate seiner Arbeit nimmt Piketty in der Einleitung vorweg. Er betont, „dass man sich vor jedem ökonomischen Determinismus auf diesem Gebiet hüten muss: Die Geschichte der Vermögensverteilung ist immer auch eine durch und durch politische Geschichte und lässt sich nicht auf rein ökonomische Mechanismen reduzieren.“ (S. 39). Die zweite Schlussfolgerung lautet, dass „bei der Dynamik der Vermögensverteilung starke Mechanismen am Werk sind, die entweder in Richtung Konvergenz oder Divergenz drängen, und dass es keinen natürlichen und von selbstablaufenden Prozess gibt, der verhindert, dass die destabilisierenden und inegalitären Tendenzen sich dauerhaft durchsetzen.“ (S. 40).

Zu der Entwicklung und Begründung von politische Entscheidungen will Piketty einen „bescheidenen Beitrag“ leisten – und zwar „zur Bestimmung der sozialen Organisationsformen, Institutionen und Politiken ..., die am besten geeignet sind, eine gut funktionierende gerechte Gesellschaft zu schaffen, und zwar im Rahmen eines Rechtsstaates, dessen Regeln bekannt sind, die für alle gelten und demokratisch diskutiert werden können.“ (S. 52). Entwickelt werden sollen „Mittel und Wege, mit denen die Demokratie zum Wohl der Allgemeinheit die Kontrolle über den Kapitalismus und die Privatinteressen wiedererlangen kann, ohne protektionistischen und nationalistischen Tendenzen Vorschub zu leisten.“ (S. 14).

Dabei betont Piketty seine Vorurteilsfreiheit als Forscher: „Ungleichheit ist nicht per se etwas Schlechtes: die zentrale Frage ist, ob sie gerechtfertigt ist, ob es gute Gründe für sie gibt.“ (S. 37).

Für Piketty ist klar, dass für sein Projekt ein breiterer interdisziplinärer wissenschaftlicher Ansatz erforderlich ist, der den verengten Blick einer durchmathematisierten Ökonomie hinter sich lässt. Er selbst arbeitete nach seiner Promotion im Alter von 22 Jahren zunächst in Boston/USA, kehrte dann aber bewusst nach Paris zurück. Als Grund dafür gibt er an, dass er „von den amerikanischen Ökonomen nicht sehr überzeugt“ war. (S. 52). Seine Kern-Kritik: „Die wirtschaftswissenschaftliche Disziplin hat ihre kindliche Vorliebe für die Mathematik und für rein theoretische und oftmals sehr ideologische Spekulationen nicht abgelegt... Allzu häufig befassen sich die Ökonomen in erster Linie mit kleinen mathematischen Problemen.“ (S. 53). Er plädiert stattdessen für einen breiteren sozialwissenschaftlichen Ansatz und die Nutzung von Methoden und Ansätzen, „mit denen auch die Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler arbeiten.“ (S. 54, vgl. S. 788ff). Sein Buch von 2014 sei absichtsvoll „sowohl ein historisches als auch ein ökonomisches Buch.“ (S. 54). Und ein politisches. „Sozialwissenschaftler sollten sich wie alle Intellektuellen ... in öffentlichen Debatten engagieren. Dieses Engagement ... muss konkrete Gestalt in ganz bestimmten Entscheidungen, Institutionen und Politiken annehmen“ (S. 789). Der breiteren Fundierung dient ein nicht auf eine eng definierte Einzelwissenschaft reduzierter wissenschaftlicher Ansatz – Piketty spricht sich „für eine historische und politische Ökonomie“ (S.788) aus. So etwas Ähnliches konnte man im Jahr 1971 sogar einmal an der neu gegründeten Bremer Universität studieren – im Rahmen eines Diplom-Studiengangs, der absichtsvoll „Sozialwissenschaften“ hieß und ein Projektstudium mit Praxisbezug beinhaltete.

Piketty stützt sich auf langjährige empirische Forschungen, eine Riesenmenge an Daten und ein internationales wissenschaftliches Netzwerk. Aber auch die umfassendste empirische Arbeit kann nicht alles abdecken, und man benötigt verfügbare Daten. Insofern ist es mehr als verständlich, dass das Buch vor allem „auf der Analyse der historischen Erfahrungen der wichtigsten entwickelten Länder: der Vereinigten Staaten, Japans, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.“ (S. 48) basiert. Das systematische Zusammentragen von Zahlen aus den letzten 300 Jahren (mit einigen Tabellen von 1700 bis 2010 und vielen Zeitreihen von 1870 bis 2010) ist eine so grandiose Leistung, dass die Untersuchung der weltökonomischen Relevanz z. B. von Entwicklungen in „staatskapitalistischen“ Staaten wie China und Russland durchaus anderen Arbeiten vorbehalten bleiben darf. Allerdings setzt sich Piketty auch mit globalen Ungleichheiten auseinander.

Piketty räumt ein, dass der Titel des Buches „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ „eigentlich hätte lauten müssen: ‘Das Kapital zu Beginn des 21. Jahrhunderts‘.“ (S. 57). Selbst das wäre noch etwas hoch gegriffen. Bei Piketty geht es um die Untersuchung der Ungleichheit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und politische Alternativen für mehr Gerechtigkeit – eine zentrale Frage, aber nicht die einzige im Zusammenhang mit der Analyse des Kapitals und des Kapitalismus. Insofern gibt es einen sehr relevanten Unterschied z. B. zu den drei vom Titel her ähnlich klingenden Bänden über „Das Kapital“ von Karl Marx.

Das Werk ist 2013 in Frankreich erschienen; die aktuellsten Daten stammen deshalb (mit einer Ausnahme) aus dem Jahr 2012, und viele Zahlenreihen enden im Jahr 2010. Die Folgen der langanhaltenden Zentralbank-Politik der Null- bzw. Minus-Zinsen konnten verständlicherweise nicht berücksichtigt werden.

## **2. Zentrale Befunde**

Piketty stellt die Ergebnisse seiner Arbeit (2014) auf insgesamt 816 Seiten vor. Allein dieses Volumen legt nahe, dass der Versuch einer Kurzfassung der theoretischen Erläuterungen oder der empirischen Befunde zum Scheitern verurteilt ist. Das Werk bietet Anknüpfungspunkte für eine Vielzahl von Debatten.

Piketty illustriert seine reichhaltig präsentierten Fakten häufig mit Hilfe von Beispielen und kommt zu Aussagen in verständlicher Form, weil der Hinweis auf das letzte Detail die „große Linie“ weniger erkennbar machen würde. Daran knüpft dieser Text an: es kann nur es um die nachvollziehbare Vorstellung von ausgewählten Aussagen gehen, die für die politischen Diskussionen von besonderer Relevanz sind. Hier würden andere vielleicht andere Prioritäten setzen, die Selektion erfolgt natürlich aus der Sicht des Autors.

### **2.1. Gesetze des Kapitalismus; Begriffe und Größenordnungen**

Zentrale Begriffe für die Analyse sind (alles vereinfacht dargestellt) das Nationaleinkommen (Summe aus Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen, S. 70) sowie das Nationalvermögen (Summe aus Privatvermögen und Staatsvermögen, S. 74). Beim nationalen Kapital „handelt es sich um die Summe der nicht-finanziellen Aktiva (Wohnungen, Grundstücke, Geschäfte, Gebäude, Maschinen, Ausrüstungen, Patente...) und der finanziellen Aktiva (Bankguthaben, Sparpläne, Obligationen, Aktien und andere Geschäftsanteile, alle Formen von Kapitalanlagen, Lebensversicherungsverträge, Pensionsfonds usw.), verringert um Verbindlichkeiten (das heißt um sämtliche Schulden).“ (S. 73/74).

Der Messung der Bedeutung des Kapitals in einer Gesellschaft dient es, „den Kapitalstock durch das jährliche Einkommensvolumen zu teilen.“ (S. 76). Das so ermittelte Kapital-Einkommens-Verhältnis ist für Piketty eine entscheidende Größe. Das Ergebnis der Betrachtung: „In den entwickelten Ländern liegt das Kapital-Einkommens-Verhältnis heute im Allgemeinen bei fünf bis sechs, was fast ausschließlich auf Privatkapital zurückgeht.“ (S. 76). In den reichen Ländern „erreicht das jährliche Nationaleinkommen pro Kopf zu Beginn der 2010er Jahre ungefähr 30 000-35 000 Euro, während die (schuldenfreien) Privatvermögen pro Kopf generell bei 150 000-200 000 Euro liegen, was dem Nationaleinkommen von fünf bis sechs Jahren entspricht.“ (S. 76).

„Damit sich jeder die konkrete Form vorstellen kann, die die Vermögen in der heutigen Welt haben, sollte er wissen, dass der Kapitalstock der entwickelten Länder aus zwei annähernd gleichen Hälften besteht: Immobilienkapital einerseits und das von Unternehmen und der öffentlichen Hand eingesetzte Produktivkapital andererseits.“ (S. 78, vgl. S. 339). Die Kapitalrendite misst, „was ein Kapital im Laufe eines Jahres einbringt, unabhängig von der Rechtsform dieser Einkünfte (Gewinne, Mieten, Dividenden, Zinsen, Gebühren, Kapitalgewinne usw.), ausgedrückt in Prozent des Wertes des investierten Kapitals. (S. 79). Die Kapitalrendite schwankt je nach Land, Anlageform und Gesamtsituation; als nützlichen Orientierungspunkt gibt Piketty für die letzten ca. 200 Jahre eine durchschnittliche Größenordnung von 5 % an (S. 81). Dabei erreichen Unternehmen teilweise 10 % und mehr, Aktienerträge kommen langfristig auf 7-8 %, Immobilien erbringen 4-5 % (S. 80/81) und Sparbücher deutlich weniger. Einen strukturellen Vorteil hat, wer über sehr hohe Anlagevermögen verfügt und z. B. eine Vielzahl von Spezialisten beschäftigen kann; so zeigt Piketty am Beispiel der amerikanischen Stiftungsuniversitäten, dass es Universitäten mit einem Stiftungsvermögen von über 1 Milliarde Dollar in der Zeit von 1980 bis 2010 auf eine Durchschnittsrendite von 8,8 % gebracht haben (Harvard mit 100 Anlage-Experten: 10,2 %), während die Stiftungsvermögen von unter 100 Millionen Dollar „nur“ auf 6,2 % erreicht haben (S. 398).

Piketty bringt den Kapitalstock und das Kapitaleinkommen in einen Zusammenhang und formuliert das seiner Ansicht nach „erste grundlegende Gesetz des Kapitalismus“ (S. 78). Der Anteil der Kapitaleinkommen am Nationaleinkommen kann berechnet werden durch die Multiplikation des Kapital-Einkommens-Verhältnisses mit der Kapitalrendite. Ergebnis: „Wenn in einer Gesellschaft die Höhe der Vermögen dem Nationaleinkommen von sechs Jahren entspricht und wenn die durchschnittliche Kapitalrendite bei 5 % jährlich liegt, dann beträgt der Anteil des Kapitals am Nationaleinkommen 30 %.“ (S. 79).

Dann kommt Piketty „zum zweiten grundlegenden Gesetz des Kapitalismus“. Danach ist das Kapital-Einkommens-Verhältnis „in einer Gesellschaft um so höher..., je höher ihre Sparquote und je niedriger ihre Wachstumsrate ist.“ (S. 83). „Wenn die Kapitalrendite außerdem dauerhaft über der Wachstumsrate liegt ..., dann besteht die Gefahr, dass die Vermögensverteilung ungleicher wird..., dass sich die ererbten Vermögen schneller vergrößern als Produktion und Einkommen.“ (S. 46). Piketty sieht das langfristige durchschnittliche Wachstum bei ca. 1,5 % (S. 133) - bei einer Kapitalrendite von 5 % kommt es zwangsläufig zu Strukturverschiebungen zugunsten des Kapitals. Er formuliert „die zentrale These“ seines Buches: aufgrund des Gesetzes des kumulativen Wachstums (bei 5 %

jährlicher Rendite verdoppelt sich das eingesetzte Kapital in 14 und nicht etwa in 20 Jahren) kann schon „ein scheinbar geringer Abstand zwischen der Kapitalrendite und der Wachstumsrate langfristig sehr große und destabilisierende Auswirkungen auf Struktur und Dynamik der Ungleichheit in einer Gesellschaft haben“ (S. 110).

Diese von Piketty zum Gesetz erklärten Zusammenhänge sind für die Beschreibung von Entwicklungen über einen langen Zeitraum sehr hilfreich – sie müssen aber nicht immer und für jede historische Phase in jedem Land präzise gelten. So weist Piketty selbst z. B. darauf hin, dass „das zweite fundamentale Gesetz des Kapitalismus ... nur dann gilt, wenn mehrere Voraussetzungen erfüllt sind.“ (S. 222).

## **2.2. Die Verteilung des Reichtums**

Bei der Darstellung der Ergebnisse der umfangreichen Datenanalysen bemüht sich Piketty um Verständlichkeit. „Zur Vereinfachung: In den reichen Ländern verdient jeder Einwohner zu Beginn der 2010er Jahre durchschnittlich 30 000 Euro jährlich und besitzt ein Vermögen von etwa 180 000 Euro, davon 90 000 Euro in Form von Wohnimmobilien und 90 000 Euro in Form von Aktien, Obligationen und anderen Geschäftsanteilen, Sparplänen oder diversen Kapitalanlagen.“ (S. 78). Das Pro-Kopf Nationaleinkommen von 30 000 Euro „besteht ungefähr aus 21 000 Euro Arbeitseinkommen (70 %) und 9 000 Euro Kapitaleinkommen (30 %)“ (S. 80), was einer Rendite von 5 % pro Jahr entspricht.

Mit den vorgestellten Durchschnittswerten sind natürlich keine Aussagen über die konkrete Verteilung von Einkommen und Vermögen auf einzelne Personen oder Personengruppen verbunden. Dazu zeigen die Analysen, „dass die Ungleichheit hinsichtlich des Kapitals stets größer ist als die Ungleichheit hinsichtlich der Arbeit... (Es) findet sich diese Gesetzmäßigkeit in allen Ländern und zu allen Zeiten, für die uns überhaupt Daten vorliegen – und zwar ohne Ausnahme und in massiver Weise. Um einen ersten Hinweis auf die Größenordnungen zu geben: Die 10 % mit den höchsten Arbeitseinkommen haben im Allgemeinen einen Anteil von etwa 25-30 % am gesamten Arbeitseinkommen. Dagegen haben die 10 % mit den größten Vermögen einen Anteil am Gesamtvermögen, der stets über 50 % liegt, ja in manchen Gesellschaften auf 90 % steigen kann. Eine noch deutlichere Sprache spricht vielleicht die Tatsache, dass die am schlechtesten bezahlten 50 % stets einen nicht unwesentlichen Anteil am Arbeitseinkommen haben, während die an Vermögen ärmsten 50 % stets nichts – oder so gut wie nichts besitzen (stets weniger als 10 % des Gesamtvermögens und im Allgemeinen weniger als 5 %, also zehnmal weniger als die vermögendsten 10 %.“ (S. 322).

Piketty differenziert weiter und kommt für Europa (die Werte für die USA in Klammern) im Jahr 2010 (S. 326-328) zu folgendem Ergebnis:

- Beim **Kapitalbesitz** haben die reichsten 10 % („Oberschicht“) einen Anteil von 60 % (70 %), die 40 % der Mitte („Mittelschicht“) einen Anteil von 35 % (25 %) und die ärmsten 50 % („Unterschichten“) einen Anteil von 5 % (5 %). Eine Ausdifferenzierung der 10 % der Oberschicht weist für die reichsten 1 % („herrschende Schicht“) einen Anteil von 25 % (35 %) aus und für die folgenden 9 % („wohlhabende Schicht“) einen Anteil von 35 % (35 %).
- Beim **Arbeitseinkommen** erreichen die reichsten 10 % einen Anteil von 25 % (35 %), die 40 % der Mitte einen Anteil von 45 % (40 %) und die ärmsten 50 % einen Anteil von 30 % (25 %). Eine Ausdifferenzierung der 10 % der Oberschicht weist für die reichsten 1 % einen Anteil von 7 % (12 %) aus und für die folgenden 9 % einen Anteil von 18 % (23 %).
- Die besonders aussagekräftige Betrachtung der Anteile am **Gesamteinkommen aus Arbeit und Kapital** zeigt für die reichsten 10 % einen Anteil von 35 % (50 %), für die 40 % der Mitte einen Anteil von 40 % (30 %) und für die ärmsten 50 % einen Anteil von 25 % (20 %). Eine Ausdifferenzierung der 10 % der Oberschicht weist für die reichsten 1 % einen Anteil von 10 % (20 %) aus und für die folgenden 9 % („wohlhabende Schicht“) einen Anteil von 25 % (30 %).

Piketty betont, dass die Personen in den jeweiligen Gruppen nicht immer ein und dieselben sein müssen. „Zahlreiche Personen gehören zum Beispiel dem Arbeitseinkommen nach der Oberschicht, dem Vermögen nach den Unterschichten an – und umgekehrt. Soziale Ungleichheit ist multidimensional“ (S. 335). Aber natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Höhe des Arbeitseinkommens und der des Kapitalbesitzes. Die Zahlen zur Ungleichheit konkretisiert Piketty und erläutert die durchschnittlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse innerhalb der einzelnen Schichten „in Euro“.

**Einkommen:** „Sollte der amerikanische Trend sich fortsetzen, so könnten, wiederum bei einem Durchschnittsgehalt von 2000 €, die Monatseinkommen um das Jahr 2030 sogar 9000 € für die obersten 10% (davon 34 000 € für die obersten 1 %), 1750 € für die mittleren 40 %, und nur 800 € für die unteren 50 % betragen. Das heißt, dass die obersten 10 % nur einen kleinen Teil ihres Einkommens aufwenden müssten, um große Teile der unteren 50 % als Dienstboten zu beschäftigen.“ (S. 337).



**Vermögen:** Ein Durchschnittsvermögen von 200 000 Euro pro Erwachsenen (also 400 000 Euro für ein Paar - S. 339) bedeutet für ein Mitglied der ärmeren 50% (Unterschicht) ein Nettovermögen von 20 000 Euro – demgegenüber stehen für die reichsten 1 % der Bevölkerung pro Person 5 Millionen Euro zur Verfügung, für die folgenden 9 % immerhin noch 800 000 Euro (vgl. S. 340/341). Für die oberen 10 % gilt: „Die Bedeutung des Immobilienbesitzes nimmt stark ab, je höher man sich in der Vermögenshierarchie bewegt... Immobilienbesitz ist die bevorzugte Kapitalanlage der Mittelschichten und Besserverdienenden. Wirklicher Reichtum dagegen besteht immer aus Finanzaktiva und Betriebsvermögen.“ (S. 341).

### **2.3. Neue Mittelschicht, Rentiers und Großverdiener**

Bei seinen Analysen entdeckt Piketty „die größte Neuerung des 20. Jahrhunderts: die vermögende Mittelschicht“ (S. 342), und darin besteht „der maßgebliche Strukturwandel der Verteilung von Reichtümern in den Industrieländern des 20. Jahrhunderts“. In der Zeit von 1900 bis 1910 verfügten die reichsten 10 % über 90 % des Gesamtvermögens: „Es gab keine Mittelschicht, weil die mittleren 40% quasi ebenso arm waren wie die ärmsten 50 %.“ (S. 343). Natürlich sind die Vermögenskonzentration und die Ungleichheiten auch heute noch sehr stark, aber die 40 % der mittleren Gruppe besitzen heute 35 % des Gesamtvermögens. Ihr durchschnittliches Nettovermögen beläuft sich „auf exakt 175 000 Euro pro Erwachsenen“. Dabei spielt häufig das „Eigentum des Hauptwohnsitzes“ eine wesentliche Rolle, und dieses Immobilienvermögen wird „durch nicht unerhebliche Ersparnisse ergänzt.“ (S. 342). Dutzende von Millionen Personen (40 % der Bevölkerung sind eine beachtliche Gruppe zwischen Armen und Reichen) besitzen jeweils zehntausende von Euro und zusammen ein Viertel bis ein Drittel des Nationalvermögens – das ist ein Wandel, der alles andere als belanglos ist. Historisch betrachtet handelt es sich um eine substantielle Veränderung, die das soziale Gefüge wie die politische Struktur der Gesellschaft zutiefst verwandelt und dazu beigetragen hat, die Koordinaten des Verteilungskonflikts neu zu bestimmen.“ (S. 344).

Fakt ist, dass sich der Anteil der obersten 1% am Vermögen im Laufe der letzten 100 Jahre „um mehr als das Zweifache verringert“ hat; er ging von „mehr als 50 % zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf 20-25 %“ (S. 344) zurück. In Bezug auf die Einkommen belegt Piketty insbesondere für Frankreich einen „Niedergang der hohen Kapitaleinkommen“ (S. 359) und den „Niedergang der Rentiers“; so ist „der Anteil des obersten Perzentils der Einkommenshierarchie im Laufe des 20. Jahrhunderts in Frankreich geradezu eingebrochen. Von 20 % des Nationaleinkommens um 1900 bis 1910 ist er auf etwa 8-9 % um 2000 bis 2010

geschrumpft.“ (S. 360). Die detaillierte Betrachtung der obersten 1 % (Perzentil) der Einkommenshierarchie verdeutlicht den gesellschaftlichen Strukturwandel des letzten Jahrhunderts. „Im Großen und Ganzen ist eine Rentiersgesellschaft von einer Mangergesellschaft abgelöst worden, das heißt eine Gesellschaft, in der das oberste Perzentil massiv von Rentiers dominiert wird (also von Personen, die ein so großes Vermögen besitzen, dass sie von den jährlichen Kapitalerträgen leben können), von einer Gesellschaft, in der die Spitze der Einkommenshierarchie ... in erster Linie aus hochbezahlten Gehaltsempfängern besteht, aus Personen also, die von ihrem Arbeitseinkommen leben.“(S. 366).

Wenn man in Bezug auf die Einkommen nicht die oberen 1 %, sondern die folgenden 9 % (also den ärmeren Teil der Oberschicht) betrachtet, dann findet man „vor allem Personen, die hauptsächlich von ihren Gehältern leben, ob es sich nun um Führungskräfte und Ingenieure privater Unternehmen handelt oder um Führungs- und Lehrkräfte des öffentlichen Dienstes. Zumeist handelt es sich um Gehälter, die das Zwei- bis Dreifache des Durchschnittslohns innerhalb der betreffenden Gesellschaft ausmachen, zum Beispiel 4000 oder 6000 Euro, wenn der Durchschnittslohn 2000 Euro beträgt.“ (S. 367). „Innerhalb der ‚9 %‘ finden sich auch Ärzte, Anwälte, Händler, Gastwirte und andere selbständige Unternehmer, deren Zahl wächst, je näher man der Gruppe der ‚1 %‘ kommt.“ (S. 368). In dieser Gruppe der 9 % machen die Arbeitseinkommen ungefähr 80% und die Kapitaleinkünfte ungefähr 20 % der Einnahmen aus: „Zum Teil stammen die Kapitaleinkommen auch aus Sparbüchern, Lebensversicherungen und Geldanlagen, aber im Allgemeinen überwiegt der Immobilienbesitz.“ (S. 370). „Um aber in die Stratosphäre der ‚1 %‘ aufzusteigen und Einkommen zu beziehen, die mehrere Dutzend Mal höher liegen als das Durchschnittseinkommen“, sollte man allerdings besser „Eigentümer eines bedeutenden Vermögens sein.“ (S. 369).

Piketty stellt für Frankreich seit dem Ende der 1990er Jahre ein neues Phänomen fest, dass er am Beispiel der USA näher untersucht: „ein schwindelerregender Anstieg der Spitzengehälter, namentlich der Vergütung von Spitzenmanagern sehr großer Unternehmen und Finanzinstitute.“ (S. 382). Die große Mehrheit der 0,1 % der höchsten Einkommen besteht in den 2000er Jahren aus Führungskräften; „Sportler, Schauspieler, Künstler aller Gattungen machen weniger als 5 % dieser Gruppe aus.“ (S. 398). In den letzten 30 Jahren ist der „Anteil des obersten Tausendstels von 2 % auf fast 10 % des Nationaleinkommens“ (S. 422) angeschwollen, in Frankreich und Japan von 1,5 % auf 2,5 %. Schon für einen Anteil von 2 % konkretisiert Piketty: das „bedeutet, dass jeder aus dieser Gruppe im Durchschnitt über ein Einkommen verfügt, das um das Zwanzigfache über dem Durchschnitt der fraglichen

Gesellschaft liegt (also bei 600 000 Euro, wenn das Durchschnittseinkommen 30 000 Euro pro Erwachsenen beträgt). Ein Anteil von 10 % des Nationaleinkommens bedeutet, dass jeder aus dieser Bevölkerungsgruppe über das Hundertfache des Durchschnitts verfügt (also über 3 Millionen Euro“ (S. 423/424). Bei einer Bevölkerung von 50 Millionen Erwachsenen handelt es sich immerhin um 50 000 Personen – eine kleine, aber nicht zu vernachlässigende Gruppe.

Zusammenfassend kommt Piketty zu dem Ergebnis, dass in den letzten 150 Jahren ein Strukturwandel der Ungleichheit stattgefunden hat und weiter stattfinden wird. „Zum einen, weil die Vermögenskonzentration weniger extrem ist (es wird zweifellos, zumindest in näherer Zukunft, mehr kleine und mittlere Rentiers, aber nicht so viele sehr reiche Rentiers geben). Zum anderen, weil das Gefälle zwischen den Arbeitseinkommen wächst (Aufstieg der Supermanager), und schließlich, weil beide Dimensionen stärker korrelieren als früher. Im 21. Jahrhundert wird man zugleich Supermanager und ‚mittlerer Rentier‘ sein können.“ (S. 503).

#### **2.4. Die Rolle der Erbschaften**

Die differenzierte Untersuchung der Bedeutung von Erbschaften zeigt, dass diese bis ins 20. Jahrhundert hinein der zentrale Faktor für die Reproduktion von Ungleichheiten der Vermögensverteilung war (S. 318). Überraschend ist der Befund für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg: „In den Nachkriegsjahren hat die Erbschaft stark an Bedeutung verloren. Zum vielleicht ersten Mal in der Geschichte sind Arbeit und Studium zum Königsweg nach oben geworden.“ (S. 319). Der Grund liegt darin, dass die Vermögen in der Zeit von 1914 bis 1945 „von einer ganzen Reihe von Schocks in Mitleidenschaft gezogen (werden) – Verheerungen, Inflation, Bankrott, Enteignungen etc.“ (S.526).

Für das 21. Jahrhundert ist es „wahrscheinlich, dass die Wiederkehr der Erbschaft die gesamte Welt betreffen wird.“ (S. 503). Begründung: „Sobald die Kapitalrendite deutlich und dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate überwiegt fast unvermeidlich die Erbschaft, also das aus der Vergangenheit stammende Vermögen, die Ersparnis, also das aus der Gegenwart stammende Vermögen... Die aus der Vergangenheit stammenden Reichtümer vermehren sich ohne Arbeit schneller als die Reichtümer, die durch Arbeit geschaffen und angespart werden können. Fast zwangsläufig verleiht das den in der Vergangenheit entstandenen Ungleichheiten und damit der Erbschaft ein dauerhaftes Übergewicht.“ (S. 502).

Piketty ist in der Lage, z. B. das Erbvolumen in Frankreich von 1820 bis 2010 empirisch zu untersuchen (S. 504ff). Von 1820 bis 1910 beträgt das jährliche Erbvolumen 20-25 % des

Nationaleinkommens – ein extrem hohes Niveau mit einer Situation, „in der fast der gesamte Kapitalstock aus Erbschaften stammt... Danach ist ein spektakulärer Einbruch des Erbvolumens zwischen 1920 und 1950 zu verzeichnen, gefolgt von einem stetigen Anstieg seit den 1950er bis zu den 2000er Jahren...“ (S. 504/505). Es gab einen Einbruch auf ca. 5 % des Nationaleinkommens und dann einen Anstieg auf ca. 15 % (S. 505). Die „Rückkehr der Erbschaft“ bedeutet: „Wer beispielsweise Hausbesitzer wird, in welchem Alter, mit welchem Lebenspartner, in welcher Wohngegend - all das hängt nun ganz wesentlich... davon ab, was und wieviel sie erben – oder eben nicht.“ (S. 506).

„Die Verlängerung der Lebenszeit verschiebt sämtliche Ereignisse des Lebens ein wenig nach hinten – man studiert länger, beginnt später zu arbeiten, erbt später, geht später in den Ruhestand, stirbt später... Später zu erben, mag gewiss etwas häufiger dazu nötigen, einen Beruf zu ergreifen. Aber das wird durch die größeren Erbschaften kompensiert, und dies um so mehr, als sie häufig die Form vorgezogener Schenkungen annehmen.“ (S. 518/519). „Zu Beginn dieses Jahrhunderts ist das durch Schenkungen übertragene Vermögen fast ebenso umfangreich wie die eigentlichen Erbschaften es sind. Die Schenkungen machen derzeit annähernd die Hälfte des Erbvolumens aus.“ (S. 521). „Wir leben wahrscheinlich in einem neuen goldenen Zeitalter der Schenkungen.“ (S. 522).

Noch 1910 stellten die ererbten Vermögen in Frankreich „fast die Gesamtheit privaten Vermögens dar.“ (S. 534). Der Anteil von ungefähr 90 % sank bis 1970 auf ca. 45 % und lag im Jahr 2010 schon wieder bei fast 70 % - Tendenz steigend (S. 533). Das bedeutet, „dass die jedes Jahr von den französischen Haushalten erhaltenen Erbschaften und Schenkungen zu Beginn der 2010er Jahre 20 % ihres verfügbaren Einkommens entsprechen.“ (S. 536). Hinter dieser Durchschnittsbetrachtung verbirgt sich bei annähernd konstantem Erbvolumen und einem Rückgang bei den sehr großen Erbschaften die Tatsache, „dass es sehr viele mehr mittlere und mittlere bis große Erbschaften gibt... Auch wenn sie nicht ausreichen, um jede berufliche Perspektive aufzugeben und von Kapitalerträgen zu leben, sind dies gleichwohl erhebliche Summen.“ (S. 560). Piketty vergleicht eine solche Erbschaft mit dem Gesamteinkommen aus 50 Jahren Arbeit bei den unteren 50 % der Einkommenspyramide (ca. 750 000 Euro) und stellt fest: „Fast ein Sechstel jedes Jahrgangs wird ... durch Erbschaft in den Besitz einer größeren Summe gelangen, als die Hälfte der Bevölkerung sie im ganzen Leben durch Arbeit verdient (und diese Hälfte ist mehr oder weniger identisch mit derjenigen, die auch praktisch nichts erbt). Das hindert, wohlverstanden, das fragliche Sechstel nicht daran, Abschlüsse zu erwerben, um zu arbeiten und im Allgemeinen durch seine Arbeit

zweifellosermehr zu verdienen als die am schlechtesten bezahlte Hälfte der Bevölkerung. Aber es handelt sich gleichwohl um eine einigermaßen verstörende Ungleichheit, die im Begriff ist, ein in der Geschichte bislang unbekanntes Niveau zu erreichen.“ (S. 561).

## **2.5. Staatsvermögen und Staatsschulden**

Das Nationalvermögen ist „die Summe aus dem staatlichen und dem privaten Kapital“, und dabei „wird das Kapital stets als Nettovermögen definiert, das heißt als der Unterschied zwischen dem Marktwert dessen, was man besitzt (Aktiva), und dessen, was man schuldig ist (den Passiva, das heißt den Schulden).“ (S. 166). Der Besitz des Staates kann nicht-finanzieller (z. B. Infrastrukturen, Gebäude) oder auch finanzieller Natur sein. Hierunter fallen z. B. Staatsanteile an Unternehmen oder auch Staatsfonds.

Piketty analysiert das Verhältnis von privatem und öffentlichem Kapital und stellt (bei allen Problemen mit Messungen) fest, dass „die Privatvermögen zu Beginn der 2010er Jahre ... nahezu die Gesamtheit des Nationalvermögens ausmachen: nach den letzten Schätzungen mehr als 99 % in Großbritannien und etwa 95 % in Frankreich, in jedem Fall deutlich mehr als 90 %.“ (S.168). Für beide Länder liegt der Anteil des Staates am Nationalvermögen also bei 1 bzw. bei 5 %, und die Untersuchung der Geschichte des Staatsvermögens von 1700 bis 2010 (S. 169ff) kommt zu dem Ergebnis, „dass es fast immer so war wie oben beschrieben.“ (S.169).

Der Wert sämtlicher staatlicher Aktiva wird „in Großbritannien auf das Nationaleinkommen eines Jahres und in Frankreich auf das Nationaleinkommen von etwas weniger als eineinhalb Jahren geschätzt. Da die Staatsschulden in beiden Ländern ungefähr dem Nationaleinkommen eines Jahres entsprechen, geht das staatliche Nettovermögen in beiden Ländern gegen Null... Mit anderen Worten: Würde sich die öffentliche Hand in beiden Ländern entscheiden, all ihre Aktiva zu verkaufen, wäre jenseits des Kanals gar nichts mehr und in Frankreich nur noch wenig übrig.“ (S. 167/168). Ergebnis: „Die reiche Welt ist reich. Arm sind nur die Staaten. Der Extremfall ist Europa. Der Kontinent mit dem größten Privatvermögen hat die größten Schwierigkeiten, seine Staatsschuldenkrise zu bewältigen. Merkwürdiges Paradox.“ (S. 738).

Piketty verweist auf die immer wieder gegebene Bereitschaft der Reichen, dem Staat Geld zu leihen - und davon zu profitieren. „Aus Sicht derer, die die Mittel haben, ist es wesentlich interessanter, dem Staat eine bestimmte Summe zu leihen (und jahrzehntelang Zinsen einzustreichen), als sie in Form von Steuern (ohne Gegenleistung) zu bezahlen.“ (S. 174).

Deshalb sei es „verständlich, warum die Sozialisten des 19. Jahrhunderts, angefangen bei Karl Marx, den Schulden der öffentlichen Hand sehr misstrauisch gegenüberstanden, die in ihren Augen – was von einer gewissen Klarsicht zeugt – ein Instrument zur Akkumulation von Privatkapital waren.“ (S. 175).

Für Piketty ist klar, dass „die Frage der öffentlichen Schuld nicht eine Frage des absoluten Reichtums, sondern seiner Verteilung ist, namentlich zwischen öffentlichen und privaten Akteuren.“ (S. 737). Es hat deutliche Verschiebungen zugunsten des Privatvermögens gegeben, besonders massiv war das in Italien: „Zwischen 1970 und 2010 ist das Privatkapital in Italien von 240 % auf 680 % des Nationaleinkommens gestiegen, während das Staatskapital von 20 % auf –70 % gesunken ist.“ (S. 244). Italien ist in diesem Zeitraum das Land mit der höchsten privaten Ersparnis (S. 245). „Anstatt Steuern zu zahlen, um das staatliche Haushaltsdefizit auszugleichen, haben die Italiener - zumindest jene, die es sich leisten können – der Regierung Geld geliehen, indem sie Schatzanweisungen oder staatliche Vermögenswerte kauften. Dadurch hat sich wiederum ihr Privatvermögen vermehrt.“ (S. 244).

In der politischen Bewertung kommt Piketty („Ich finde keinen besonderen Gefallen an der Staatsschuld“, S. 777) zu dem Ergebnis, dass zwar aufgrund der historischen Erfahrung in schweren Krisen kreditfinanzierte Staatsaktivitäten nötig sind (S. 777), aber „diese Schuld möglichst rasch zu tilgen“ (S. 778) sei. Staatsausgaben sollten lieber z. B. für die Hochschulbildung als für die Zinszahlung verwendet werden. Fakt ist, dass „nie zuvor in Europa das Nationalvermögen so hoch war.“ Beschämend sei, „wie ungleich dieses nationale Kapital verteilt ist – mit einem privaten Reichtum, der sich auf öffentliche Armut stützt.“ (S. 778).

Pikettys Daten reichen bis ins Jahr 2012, die Folgen der nach der Finanzkrise von 2008 vorherrschenden Null-Zins-Politik der Zentralbanken für die Staatshaushalte konnten nicht berücksichtigt werden; auf jeden Fall dürfte die Umverteilung zugunsten der privaten Anleger gestoppt worden sein.

## **2.6. Kriege, Krisen und Inflation**

Tod, Zerstörung, Hunger, Arbeitslosigkeit und Elend im Gefolge von Kriegen, Krisen und Inflation treffen die Menschen in unterschiedlicher Weise. Wenn man zwischen Einzelschicksalen und großen ökonomischen Entwicklungen unterscheidet und wie Piketty

einen fokussierten Blick auf die Verteilung von Vermögen und Einkommen richtet, kann man die gesellschaftlichen Dimensionen von Strukturveränderungen erfassen.

In der historischen Betrachtung belegt Piketty insbesondere für Frankreich in der Zeit von 1910 bis 1945 einen „Niedergang der hohen Kapitaleinkommen“ (S. 359) und den „Niedergang der Rentiers“ (S. 361), basierend vor allem auf „den Kriegswirren mit den jähen ökonomischen und politischen Schocks in ihrem Gefolge... Nicht gewaltfreie demokratische Rationalität hat im 20. Jahrhundert tabula rasa mit der Vergangenheit gemacht, sondern die Kriege waren es... Die Verheerungen der Weltkriege, die Bankrotte der Wirtschaftskrise, vor allem aber die verschiedenen politischen Maßnahmen der öffentlichen Hand, die während dieser Zeit ergriffen wurden (von der Mietpreisbindung über die von der Inflation geleistete Sterbehilfe für die Rentiers, die von den Staatsschulden profitierten, bis zu den Verstaatlichungen)...“ (S. 362).

In der Zeit von 1914 bis 1945 wurden die Vermögen „von einer ganzen Reihe von Schocks in Mitleidenschaft gezogen - Verheerungen, Inflation, Bankrott, Enteignungen etc. -, so dass sich das Kapital-Einkommens-Verhältnis stark reduziert ... Der **Krieg** setzt gleichsam den Zähler der Vermögensakkumulation auf Null.“ (S. 526/527). Es kam tatsächlich zu einem „Abbau von Ungleichheit im Frankreich des 20. Jahrhunderts“ (S. 357), auch bei den Einkommen. „Zwischen 1914 und 1945 ging der Anteil des obersten Perzentils der Einkommenshierarchie fast kontinuierlich von 20 % auf gerade noch 7 % zurück.“ (S. 374).

Piketty weist darauf hin, dass der „zwischen 1914 und 1945 erfolgte Einbruch nur teilweise auf die kriegsbedingten materiellen Zerstörungen von Kapital (Wohngebäude, Fabriken, Ausrüstungen usw.) zurückzuführen ist.“ (S. 195). Ein bedeutenderer Faktor ist der Verlust des Auslandsvermögens. „Vor dem Ersten Weltkrieg herrscht Großbritannien über das Größte Kolonialreich der Welt und verfügt über ausländische Vermögenswerte, die dem Nationaleinkommen von fast zwei Jahren entsprechen... Frankreich... hat in der übrigen Welt Vermögenswerte angesammelt, die seinem Nationaleinkommen von mehr als einem Jahr entsprechen.“ (S. 162). „Nach den zwei schrecklichen Weltkriegen, der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren und der Dekolonisation verschwinden diese riesigen ausländischen Vermögenswerte völlig. In den 1950er Jahren gehen die Nettovermögenspositionen Frankreichs und Großbritanniens gegenüber der restlichen Welt gegen null.“ (S. 163, vgl. S. 492).

Eine zentrale Rolle spielt auch die **Wirtschaftskrise** von 1929. Am stärksten betroffen sind die oberen 1 %, weniger die folgenden 9 %. „Die ‚1 %‘ leben in erster Linie von Einkommen aus ihren Vermögen, insbesondere von dem, was die Unternehmen, von denen sie Aktien und Anleihen halten, an Zinsen und Dividenden ausschütten. Es ist daher kein Wunder, wenn in der Krise von 1929 – die Gewinne brechen ein, die Wirtschaft kollabiert, ein Unternehmen nach dem anderen geht Bankrott – der Anteil des obersten Perzentils stark schrumpft. Bei den ‚9 %‘ dagegen hat man es mit der Welt der leitenden Angestellten zu tun, die, zumindest im Vergleich mit anderen Berufsgruppen, als die großen Gewinner aus der Krise in den 1930er Jahren hervorgehen.“ (S. 375).

Ein Teil der Vermögensverluste der Rentiers war insofern hausgemacht, als sie sich nach den Verlusten des Ersten Weltkriegs „in der Zwischenkriegszeit in ihrer Lebensführung nicht schnell genug eingeschränkt haben. Daher mussten sie zur Deckung laufender Kosten ihre Kapitalreserven angreifen.“ (S. 490/491).

Piketty verweist darauf, dass die **Inflation** als Dauerphänomen nicht die Probleme der Verschuldung lösen kann (dann verlangen die Geldgeber einen höheren Zins, S. 178), in bestimmten historischen Phasen aber schon häufiger das Problem der Staatsschulden auf Kosten der Anleger beseitigt hat. „Es ist im Wesentlichen die Inflation, die es den reichen Ländern gestattet hat, sich nach dem Zweiten Weltkrieg ihrer Schulden zu entledigen.“ (S. 142). Die jährliche Inflation lag in Deutschland und Frankreich zwischen 1913 und 1950 „durchschnittlich bei 13 bzw. 17 %.“ (S. 744). Die „gewaltigen Defizite“ des französischen Staates wurden vor allem „über einen Zeitraum von vier Jahren – 1945 bis 1948 – in einer politisch aufgeheizten Atmosphäre von einer Inflation von über 50 % jährlich rasch beseitigt.“ (S. 177). Die Kehrseite: „Millionen von Kleinsparern wurden durch die Inflation völlig ruiniert, was die endemische Altersarmut in den 1950er Jahren verschlimmert.“ (S. 746).

Die nähere Analyse der Anleger, die im Gefolge von Inflation viel verlieren, zeigt eine ungleiche Betroffenheit ja nach Größe und Form des Vermögens. Piketty differenziert zunächst zwischen Real- und Nominalvermögen. „Nominalvermögen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie einem hohen Inflationsrisiko ausgesetzt sind: Wenn man 10 000 Euro auf ein Girokonto oder ein Sparbuch einzahlt oder für diese Summe eine staatliche oder private nicht an die Inflation gebundene Schuldverschreibung erwirbt, ist diese Anlage zehn Jahre später immer noch 10 000 Euro wert, auch wenn sich die Verbraucherpreise zwischenzeitlich verdoppelt haben... Ganz anders verhält es sich bei den Realvermögen. Die Preise von Immobilien und Aktien,



von Unternehmensbeteiligungen oder vielen Kapitalanlagen ... steigen im Allgemeinen mindestens ebenso schnell wie die Verbraucherpreise.“ (S. 278/279). Piketty sieht als Folge von Inflation vor allem „Umverteilungseffekte innerhalb der Vermögen“ und weniger „langfristige strukturelle Effekte“. „Alles deutet darauf hin, dass die größten Vermögen häufig langfristig am wertbeständigsten und am stärksten differenziert sind, während es die kleinen Vermögen – in der Regel Girokonten und Sparbücher – am härtesten trifft.“ (S. 280). Diese Tendenz wird verstärkt dadurch, dass die „Ungleichheit des Zugangs zu gewinnbringenden Anlagen eine Realität ist“ (S. 606) und bei bestimmten Finanzprodukten hohe Preise als ‚Eintrittskarten‘ fungieren.

Es gibt auch „eine Ungleichheit des Zugangs zum Immobilienbesitz“. „Wer dank Erbschaft oder Schenkung mit einem gediegeneren Vermögen startet oder über ein ausreichend hohes Gehalt, wenn nicht über beides zugleich verfügt, wird dagegen sehr viel schneller Besitzer seines Zuhauses werden können, was ihm erlaubt, eine Realrendite von mindestens 3-4 % pro Jahr auf seine Ersparnis zu erzielen und dank gesparter Miete weitere Rücklagen zu bilden.“ (S. 607). „Wer mit geringem Kapital startet, wird folglich häufig Mieter bleiben. Er wird sich genötigt sehen, über lange Jahre, ja manchmal sein Leben lang eine erhebliche Miete zu zahlen (und seinem Vermieter eine hohe Rendite zu bescheren), während seine Ersparnisse auf der Bank liegen und bestenfalls vor der Inflation geschützt sind.“ (S. 607). Ergebnis: „Die Inflation gebietet der Rendite nicht Einhaltung, im Gegenteil. Sie verstärkt zweifellos die Ungleichverteilung des Kapitals.“ (S. 608).

## **2.7. Steueroasen und Steuerhinterziehung**

Bei dem Versuch, „die globale Geografie des Wohlstands zu analysieren“, sehen die zugänglichen Daten so aus, „als sei die Vermögensposition der reichen Länder gegenüber dem Rest der Welt negativ.“ (S. 621). „Nun sollte dieser leicht negativen offiziellen Position prinzipiell natürlich eine entsprechend positive Position für den Rest der Welt gegenüberstehen. Die armen Länder müssten, anders gesagt, mehr Aktiva in den reichen Ländern als diese bei ihnen besitzen... Tatsächlich ist das aber nicht der Fall. Rechnet man die Finanzstatistiken für die verschiedenen Länder zusammen, so kommt man zu dem Schluss, dass die armen Länder ihrerseits eine negative – ja dass die ganze Erde eine deutlich negative Vermögensposition hat. Es sieht, anders gesagt, ganz danach aus, als würde uns der Mars besitzen“ (S. 622/623). Es handelt sich nach Piketty um „eine relativ alte ‚statistische Anomalie‘.“ (S. 623). Eine Auswertung Schweizer Bankdaten konnte belegen, „dass die plausibelste Erklärung für diese Diskrepanz in der Existenz eines beträchtlichen Volumens

nicht registrierter finanzieller Vermögenswerte liegt, die von den Haushalten in Steueroasen versteckt werden.“ Das Volumen beläuft sich nach einer vorsichtigen Schätzung „auf fast 10 % des weltweiten BIP. Eine Reihe von Schätzungen nichtstaatlicher Organisationen geht von einem sehr viel (bis zu zwei oder dreimal) größeren Volumen aus.“ (S. 623).

Piketty bemängelt die Intransparenz der weltweiten Vermögensverteilung. „Die internationalen Organisationen, die mit der Regulierung und Überwachung des globalen Finanzsystems betraut sind, angefangen mit dem Internationalen Währungsfonds, verfügen derzeit nur über eine sehr ungefähre Kenntnis der globalen Verteilung von Finanzaktiva. Das betrifft namentlich das Volumen der Aktiva, die in Steueroasen versteckt sind. Wie wir gesehen haben, ist die weltweite Zahlungsbilanz systematisch unausgeglichen (die Erde hat offenbar Schulden beim Mars).“ (S. 703).

Piketty analysiert, warum vor allem Steueroasen das Bankgeheimnis verteidigen. „Es erlaubt ihren Kunden, sich ihren Steuerverpflichtungen zu entziehen, und es erlaubt ihnen selbst, einen Teil der entsprechenden Gewinne einzubehalten.“ Die dadurch mögliche Steuerhinterziehung hat „mit den Prinzipien der Marktwirtschaft nicht das Geringste zu tun... Es gibt kein Recht, seinen Steuersatz selbst festzusetzen. Durch die Integration und den Freihandel mit den Nachbarn reich werden und ihnen zugleich ihr Steueraufkommen abzuzapfen, ist nichts anderes als schierer Diebstahl.“ (S. 707).

## **2.8. Globale Ungleichheiten**

Die Untersuchung des Brutto-Weltprodukts von 2012 weist ein Ergebnis von 71,2 Billionen Euro aus; bei einer Weltbevölkerung von gut 7 Mrd. Menschen ergibt sich ein BIP von 10 000 Euro pro Einwohner (S. 92). „Zieht man davon 10 % für die Kapitalentwertung ab und teilt die Zahl durch 12, dann stellt man fest, dass diese Zahl einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 760 Euro pro Einwohner entspricht.“ (S. 92). Dieser Durchschnittswert wird ungefähr von China erreicht (600-800 Euro, S. 92, S. 94). Ansonsten sind massive Ungleichheiten festzustellen: während zu Beginn der 2010er Jahre jeder Einwohner in den reichen Ländern durchschnittlich 2500 Euro pro Monat verdient (S. 78), waren es in vielen armen Ländern nur 150-250 Euro pro Kopf (S. 94, S. 97).

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich natürlich nicht nur riesige Unterschiede im oberen Teil der Einkommenspyramide, sondern auch große Differenzen zwischen den jeweiligen 50 % der ärmeren Hälfte. Man kann auf die Idee kommen, dass allein der

Jahresbonus eines Automobil-Arbeiters in Deutschland im Jahr 2019 in Höhe von ca. 5000 Euro dem doppelten Jahreseinkommen von vielen Beschäftigten in den ärmeren Ländern entspricht.

Piketty kommt in Bezug auf die Verteilung des Welteinkommens zu dem Ergebnis, „dass der Anteil der reichen Länder in den 1970er Jahren kontinuierlich zurückgeht“ – er „erreicht 2012 beispielsweise 46 %, wenn man von der Kaufkraftparität ausgeht, und 57 %, wenn man vom geltenden Wechselkurs ausgeht. Die ‚Wahrheit‘ liegt wahrscheinlich zwischen diesen Zahlen und kommt eher der ersteren nahe.“ (S. 98). Und: „Die reichen Länder sind in zweifacher Hinsicht reich: in Bezug auf die Inlandproduktion und in Bezug auf das im Ausland investierte Kapital, wodurch sie über ein Nationaleinkommen verfügen, das höher ist als ihre Produktion – bei den Entwicklungsländern ist es genau umgekehrt.“ (S. 99).

Auch die globale Vermögensverteilung ist durch große Ungleichheiten gekennzeichnet – mit der Tendenz der Verstärkung. „Die vom oberen Tausendstel gebildete gesellschaftliche Gruppe (4,5 Millionen Personen, die durchschnittlich etwa 10 Millionen Euro besitzen) besitzt etwa 20 % des Weltvermögens“ (S. 585). Wenn es dieser Gruppe gelingt, einen Jahreszuwachs von 6 % zu erreichen, während es der Durchschnitt nur auf 2 % bringt, so wird sich nach dreißig Jahren ihr „Anteil am globalen Kapital mehr als verdreifacht haben. Das oberste Tausendstel besäße dann mehr als 60 % des Weltvermögens.“ (S. 585). Piketty hält eine globale Dynamik für möglich, „die explosive Folgen zeitigen und eine völlig außer Kontrolle geratene Spirale der Ungleichheit in Gang setzen kann.“ (S. 586).

„1,5 % des weltweiten Privatvermögens gehören heute Milliardären; und die Staatsfonds besitzen ihrerseits 1,5 %.“ (S. 612). Das waren 2013 für die Milliardäre 5,4 Billionen Dollar und für die Staatsfonds 5,3 Billionen Dollar, wobei „etwa 3,2 Billionen Dollar auf Fonds erdölexportierender Länder“ (S. 612) entfielen. Pikettys wohl 2013 formulierte Vermutung, der Erdölpreis könnte „nach 2020 bis 2030 dauerhaft bei 200 Dollar pro Barrel liegen“ und die Aktiva der Staatsfonds könnten „bis zu den 2030er Jahren auf 10-20 % des Weltvermögens anwachsen“ (S. 614), hat sich nicht bewahrheitet. Theoretisch denkbar war: „Die Erdölrente kann, um das zusammenzufassen, die Ölländer tatsächlich in die Lage versetzen, den Rest des Planeten kaufen und von der Kapitalrente leben zu können.“ (S. 617). In diesem Fall hätte die Vorstellung, „zu einem bedeutenden Teil den Ölförderländern zu gehören“, in den westlichen Ländern zu „verschiedensten politischen Reaktionen“ (S. 614) führen können.

Aus politischen und ökonomischen Gründen hält Piketty auch die Übernahme der Welt durch China nicht für wahrscheinlich. „Würde China bis 2100 zum Beispiel 20 % seines Nationaleinkommens sparen, Europa und Amerika dagegen nur 10 %, befände sich bis zum Ende des Jahrhunderts ein Gutteil des Alten Kontinents und der Neuen Welt im Besitz gigantischer chinesischer Pensionsfonds. Logisch ist das zwar gut möglich, aber es ist nicht sonderlich plausibel.“ (S. 618). Piketty betont, „dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Angst, von China besessen zu werden, ein bloßes Phantasma bleibt. Die reichen Länder sind in Wahrheit viel reicher, als sie zuweilen denken. Zu Beginn der 2010er Jahre beträgt die Gesamtheit der Immobilien- und Finanzvermögen europäischer Haushalte abzüglich Schulden um die 70 000 Milliarden Euro. Dagegen beträgt die Gesamtheit der Aktiva in den verschiedenen chinesischen Staatsfonds und der Bank von China etwa 3000 Milliarden Euro, also weniger als ein Zwanzigstel. Die reichen Länder sind also nicht im Begriff, von den armen Ländern besessen zu werden.“ (S. 619).

### 3. Politische Alternativen

#### 3.1. Gesellschaftsordnung

Piketty spricht von der Rendite als „einer vom Kapital produzierte Rente, also eines Einkommens, das der Besitzer bezieht, ohne zu arbeiten“ – und erkennt, dass das etwas ist, „das den gesunden Menschenverstand vor den Kopf stößt“ und in manchen Zivilisationen „Antworten auf den Plan gerufen hat, die, vom Verbot des Wuchers bis zum Kommunismus sowjetischen Typs, nicht immer glücklich waren... Das ändert nichts daran, dass die Rente eine Realität in jeder Marktwirtschaft darstellt, in der es Privatkapital gibt.“ (S. 564). Pikettys Zeitreihen über 150 Jahre und länger zeigen, dass es bei allen Schwankungen zumindest in den von ihm untersuchten reichen Ländern auf lange Sicht bei allen Schwankungen immer Wachstum und Rendite gegeben hat. Die Gefahr von sehr ernststen wirtschaftlichen Krisen oder gar eines ökonomischen Zusammenbruchs sieht er auf absehbare Zeit eher nicht und verweist vor allem auf die Rolle der Zentralbanken, die sich in der Finanzkrise von 2008 als handlungsfähig erwiesen haben (S. 626ff, S. 748ff).

Bei der Suche nach grundlegenden Alternativen bescheinigt Piketty der Strategie-Empfehlung von Karl Marx „zumindest das Verdienst der größeren Konsequenz“. (S. 723): „Schafft man das private Eigentum an den Produktionsmitteln ... ab ..., dann ist es durchaus die gesamte Kapitalrendite, die verschwindet. Das Verbot des Wuchers wird derart generalisiert... Zum Unglück der Bevölkerungen, die Teil dieser totalitären Versuchsanordnungen sein mussten, erschöpft sich die Funktion des Privateigentums und der Marktwirtschaft nicht darin, die Herrschaft der Kapitalbesitzer über diejenigen zu sichern, die nichts außer ihrer Arbeit haben. Ihre Funktion liegt auch darin, die Handlungen von Millionen Individuen zu koordinieren, und es ist nicht ganz leicht, sich ihrer zu entledigen. Die menschlichen Desaster, die von der zentralen Planwirtschaft heraufbeschworen wurden, legen davon beredtes Zeugnis ab.“ (S. 723).

Piketty ist klar, dass es jenseits einer zentralen Planwirtschaft unterschiedliche Ausprägungen der gesellschaftlichen Ordnung gibt. „Die Vorstellung, es gebe nur eine mögliche Form des Kapitaleigentums und der Produktionsorganisation, entspricht keineswegs der Realität in den heutigen hochentwickelten Ländern. Wir leben in einem gemischten Wirtschaftssystem... Und zweifellos werden wir dies mehr und mehr auch in Zukunft tun und neue Formen der Organisation und des Eigentums erfinden müssen.“ (S. 645).

Die zentrale qualitative Veränderung war die Entwicklung des Sozialstaats, der sich über erhebliche Pflichtabgaben finanziert. Diese Abgaben haben „in sämtlichen Ländern des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg weniger als 10 % des Nationaleinkommens“ (S. 622) ausgemacht und sind dann zwischen 1920 und 1980 massiv angestiegen: auf „kaum 30 % in den Vereinigten Staaten, um die 40 % in Großbritannien, und zwischen 45 % und 55 % des Nationaleinkommens in Kontinentaleuropa (45 % in Deutschland, 50 % in Frankreich, fast 55 % in Schweden).“ (S. 633). Eine wesentliche Ausweitung dies Volumens ist kaum vorstellbar; alle Überlegungen zu einem „Sozialstaat für das 21. Jahrhundert“ (S. 627-660) gehen davon aus, dass „der große Vorstoß des Staates“ bereits stattgefunden hat. „Er wird kein zweites Mal stattfinden, zumindest nicht in dieser Form.“ (S. 635).

Pikettys politischen Vorschläge bewegen sich explizit im Rahmen sozialstaatlichen, marktwirtschaftlichen, globalen kapitalistischen Systems. So hält er es für einen Vorteil der von ihm vorgeschlagenen Kapitalbesteuerung, dass die bestehende Ordnung im Prinzip erhalten bleibt: „Die Besteuerung des Kapitals würde dem Allgemeininteresse gegenüber dem Privatinteresse zur Geltung verhelfen, ohne die wirtschaftliche Offenheit und die Kräfte des Wettbewerbs zu beeinträchtigen“ (S. 628). Das politische Ziel ist die Zähmung des Kapitalismus und der Gewinn von Kontrolle über das System: „Es gilt neue Instrumente zu erfinden, um die Kontrolle über einen außer Rand und Band geratenen Kapitalismus zurückzugewinnen.“ (S. 631).

### **3.2. Steuern auf Kapital, Einkommen und Erbschaften**

Piketty möchte von ihm analysierte globale gesellschaftliche (Fehl-)Entwicklungen korrigieren. Es geht ihm vor allem um die Reduktion von bestehenden und sich tendenziell verschärfenden Unterschieden bei der Verteilung des Reichtums (der Einkommen und der Vermögen), die Verringerung der Bedeutung der Erbschaften, die Verhinderung von Steuerhinterziehung und die Flucht in Steueroasen sowie den Abbau der Staatsverschuldung. Dazu entwickelt er eine Reihe von Vorschlägen.

Zentral sind die Erhebung einer weltweiten progressiven Kapitalsteuer (ersatzweise einer Vermögensabgabe), einer hohen Einkommenssteuer und einer wirksamen Erbschaftssteuer („die drei Säulen eines idealen Steuersystems“, S. 711). Wichtig ist die Herstellung von Transparenz der Strukturen und Bewegungen des Kapitals mit Hilfe mit Hilfe eines automatisierten Austausches von Bankdaten und dem Aufbau eines Finanzkatasters. Darüber

hinaus erwähnt Piketty Überlegungen und Berichte über historische Erfahrungen mit weitergehenden Eingriffen des Staates zur Veränderung der Wirtschaftsstruktur.

## **Kapitalsteuer, Vermögensabgabe**

Das wichtigste Instrument zur Reduktion von Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen stellt Piketty schon in der Einleitung zu seinem Buch vor: „eine **weltweite progressive Kapitalsteuer**.“ (S. 48). Der Erläuterung dieser Idee werden dann viele Anmerkungen und ein ganzes Kapitel (Nr. 15) mit 40 Seiten (S. 697-736) gewidmet. Piketty meint, dass eine globale Kapitalsteuer „den Vorzug hat, die wirtschaftliche Offenheit und Globalisierung zu bewahren, sie zugleich wirkungsvoll zu regulieren und ihre Erträge in und zwischen den Ländern möglichst gerecht zu verteilen.“ (S. 698).

Für Piketty „sollte das Ziel eine jährliche progressive Steuer auf individuelles Kapital sein, das heißt auf den Nettowert der Aktiva, über die der Einzelne verfügt.“ (S. 699). „Fürs Erste kommt es nur darauf an, dass die fragliche Kapitalsteuer eine jährlich erhobene Steuer auf das Gesamtvermögen ist. Es geht darum, größere Vermögen stärker zu besteuern; und es geht darum, ausnahmslos alle Aktiva zu erfassen, ganz gleich, ob es sich um Immobilien, Finanzwerte oder Betriebskapital handelt.“ (S. 700).

Klar ist, dass eine solche Steuer nicht über einen sehr langen Zeitraum sehr hoch sein kann. „Zieht man jedes Jahr ein Viertel des Vermögens ein, ist per definitionem nach einigen Jahren nichts mehr da, was man noch einziehen könnte. Darum sind Steuersätze jährlich erhobener Kapitalsteuern immer sehr viel geringer und belaufen sich nur auf ein paar Prozent“ (S. 717). Pikettys Vorschlag: „Was den Steuertarif anbelangt, ... könnte man sich zum Beispiel einen Satz von 0 % unterhalb einer Million Euro Vermögen, von 1 % zwischen 1 und 5 Millionen Euro und von 2 % über 5 Millionen Euro vorstellen. Man könnte aber auch eine sehr viel progressivere Besteuerung der größten Vermögen (zum Beispiel mit Sätzen von 5 % oder 10 % für Vermögen über 1 Milliarde Euro) ins Auge fassen. Und man könnte schließlich einen Vorteil darin sehen, einen Mindestsatz auf kleine oder mittlere Vermögen anzuwenden (zum Beispiel 0,1 % unterhalb von 200 000 Euro und 0,5 % zwischen 200 000 und 1 Million Euro).“ (S. 699/700).

„Dem Steueraufkommen nach wird es sich um eine relativ bescheidene Ergänzung des Aufkommens handeln, aus dem sich der moderne Sozialstaat finanziert: ein paar

Prozentpunkte des Nationaleinkommens (maximal 3 bis 4, was freilich nicht unerheblich ist). Nicht Finanzierung des Sozialstaates, sondern Regulierung des Kapitalismus ist die Hauptrolle der Kapitalsteuer. Es geht einerseits darum, eine endlose Ungleichheitsspirale und unbegrenzte Divergenz der Vermögensunterschiede zu vermeiden, andererseits um wirksame Regulierung von Finanz- und Banken Krisen. Diese Doppelrolle kann die Kapitalsteuer freilich nur erfüllen, wenn sie zunächst demokratische und finanzielle Transparenz auf internationaler Ebene herstellt: Wer besitzt genau welche Vermögen und Aktiva?“ (S. 701).

„Die Kapitalsteuer wäre eine Art internationales Finanzkataster, das es gegenwärtig nicht gibt“ (S. 703), sie „würde für Kenntnisse über den Reichtum sorgen“ (S. 702). Im Moment verfügen auch „die internationalen Organisationen, die mit der Regulierung und Überwachung des globalen Finanzsystems betraut sind... nur über eine sehr ungefähre Kenntnis der globalen Verteilung von Finanzaktiva. Das betrifft namentlich das Volumen der Aktiva, die in Steueroasen versteckt sind.“ (S. 701).

Zur Umsetzung der Datenerfassung sieht Piketty „eine schlichte Lösung: der automatische Bankdatenabgleich.“ (S. 706). Er möchte die etwa in den USA, Deutschland und Frankreich bestehenden Systeme auch auf die Schweiz und die Kaimaninseln anwenden (S. 706) und bezieht sich auf das US-Gesetz zur Verpflichtung ausländischer Banken zur Übermittlung aller Finanzdaten amerikanischer Staatsbürger an den Fiskus (S. 707). Vorstellbar ist, den Erklärungspflichtigen nach dem Vorbild der französischen Verwaltung „eine vorausgefüllte Erklärung“ (S. 706) zu schicken und alles weitgehend automatisiert zu erfassen und zu verarbeiten.

Eine andere Variante einer Kapitalsteuer ist eine einmalige Vermögensabgabe. „Die mit weitem Abstand überzeugendste Lösung, um die Staatsschulden abzubauen, liegt in der Erhebung **einer einmaligen Vermögensabgabe**, also einer außerordentlichen Steuer auf Privatkapital. Zum Beispiel würde eine Proportionalsteuer von 15 % auf alle privaten Vermögen fast ein jährliches Nationaleinkommen einbringen und damit ausreichen, um auf einen Schlag alle Staatsschulden zu tilgen.“ (S. 740). Das hält Piketty selbst für „zu viel verlangt“ und wäre in einem ersten Schritt mit einer Senkung der Staatsverschuldung um 20 % des Nationaleinkommens zufrieden; dazu würde es genügen, die von ihm vorgeschlagene Kapitalsteuer als einmalige Vermögensabgabe „mit Sätzen von 0 % unterhalb einer Million, von 10 % zwischen 1 und 5 Millionen und von 20 % über 5 Millionen Euro zu erheben.... Zum gleichen Ergebnis kann man kommen, wenn man über einen Zeitraum von 10 Jahren eine



Kapitalsteuer mit Sätzen von 0 %, 1 % und 2 % erhebt und das Aufkommen zur Entschuldung verwendet – zum Beispiel mittels eines ‚Tilgungsfonds‘, wie ihn 2011 der regierungsnahe Sachverständigenrat der ‚Wirtschaftsweisen‘ in Deutschland vorgeschlagen hat.“ (S. 742).

In Frankreich wurde 1945 eine „nationale Solidaritätssteuer“ eingeführt, die ein einziges Mal als „einzigartige Progressivsteuer auf Kapital und Gewinne, die während der Besatzungszeit erwirtschaftet worden waren“ (S. 494) erhoben wurde. Diese außerordentliche Kapitalabgabe sah „einen progressiven Tarif mit 0-25 % für die größten Vermögen“ (S. 742) vor.

Piketty sieht die großen Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer Kapitalbesteuerung auf internationaler Ebene, „weil dies ein hohes Maß an Koordination zwischen Ländern erfordert, die miteinander zu konkurrieren gewöhnt sind. Die Abspaltung großer Vermögen führt im Übrigen tendenziell dazu, den Begriff der Nationalität selbst zu verwischen, sofern die Reichsten sich bis zu einem gewissen Grad mit ihrem Vermögen verabschieden, die Staatsangehörigkeit wechseln und alles hinter sich lassen können, was sie mit ihrer einstigen Gemeinschaft verbindet. Nur eine koordinierte Antwort auf relativ breiter regionaler Ebene vermag diese Schwierigkeit auszuräumen.“ (S. 621). Mit anderen Worten: einzelstaatliches Agieren ist der Kapitalflucht ausgeliefert und wenig chancenreich. Das zeigt Piketty am Beispiel der Körperschaftssteuer (S. 766-770), bei der ein Unterbietungswettbewerb der europäischen Staaten zur Steuervermeidung durch Gewinnverschiebungen und zu einem Übergewicht der Verbrauchssteuern führt – und damit zu einem Steuersystem, „das keine Progressivität kennt und faktisch diejenigen begünstigt, die es sich leisten können, zu sparen oder den Wohnsitz zu wechseln – oder besser noch beides zugleich.“ (S. 769).

Leider gilt für Piketty: „Die globale Kapitalsteuer ist eine Utopie. Man wird sich in nächster Zukunft kaum vorstellen können, dass alle Nationen dieser Welt sich über ihre Einführung einigen, einen gemeinsamen Steuersatz für alle Vermögen der Erde vereinbaren und das Aufkommen brüderlich aufteilen. Aber es scheint mir eine nützliche Utopie... sie lässt sich in Ländern, die dazu bereit sind (immer vorausgesetzt, sie sind zahlreich genug, etwa auf europäischer Ebene) durchaus allmählich umsetzen.“ (S. 688).

## **Einkommenssteuer**

Piketty befasst sich nicht sehr ausführlich mit der Einkommenssteuer. Zwar „sind die hohen Spitzensteuersätze eine bedeutende amerikanische Erfindung“, aber eine sinnvolle

Fiskalpolitik „erschöpft sich freilich nicht in einem konfiskatorischen Spitzensteuersatz für die höchsten Einkommen (der per definitionem fast nichts einbringt).“ Die progressive Kapitalsteuer sei ein geeigneteres Werkzeug „als die im 20. Jahrhundert erfundene progressive Einkommenssteuer (beide Werkzeuge können ... eine nützliche und komplementäre Rolle spielen).“ (S. 630).

In den USA wurden die Wirtschafts- und Finanzeliten nach der Krise der 1930er Jahre „von der öffentlichen Meinung beschuldigt..., sich selbst bereichert und das Land in den Abgrund gestürzt zu haben... In diesem Kontext kommt 1933 Roosevelt an die Macht, während die Krise schon drei Jahre anhält und ein Viertel des Landes arbeitslos ist. Er beschließt sofort, den Spitzensatz der Einkommenssteuer anzuheben... 1933 steigt er auf 63 % und 1937 auf 79 %... 1942 lässt der *Victory Tax Act* den Spitzensatz auf 88 % hochschnellen, ein Niveau, das durch verschiedene Steuerzuschläge 1944 auf 94 % ansteigt. In der Folge stabilisiert sich der Steuersatz bis Mitte der 1960er Jahre bei 90 %, danach bei 70 % bis Mitte der 180er Jahre. Insgesamt liegt zwischen 1932 und 1980, also fast ein halbes Jahrhundert lang, der Spitzensteuersatz der bundesweiten Einkommen in den Vereinigten Staaten durchschnittlich bei 81 %.“ (S. 682/683). Bei 90 % lag der von den amerikanischen Behörden bestimmte Steuersatz in Deutschland zwischen 1947 und 1949, ansonsten gab es in Deutschland Spitzensteuersätze von kaum über 50% (S. 682). In den USA hat es eine Kehrtwende gegeben; die Spitzensteuersätze sind gefallen „mit einem Tiefpunkt von 28 % nach der großen Steuerreform Reagans von 1986“ (S. 685).

Piketty ist der Überzeugung, „dass die Anwendung konfiskatorischer Sätze an der Spitze der Einkommenshierarchie nicht allein möglich, sondern das einzige Mittel ist, um die Abkopplungen an der Spitze der großen Unternehmen in Schranken zu halten. Unseren Schätzungen zufolge läge das ideale Niveau des Spitzensatzes in den Industrieländern bei 80 %.“ (S. 692). Ein solcher Satz für Einkommen von über 500 000 oder 1 Million Dollar würde dem amerikanischen Wachstum nicht schaden, und die Spitzenmanager würden sich nicht nach Kanada oder Mexiko absetzen (S. 692/693). Dennoch glaubt Piketty nicht zuletzt aufgrund der Eigeninteressen von Politikern nicht an die Durchsetzbarkeit solcher Steuersätze und stellt fest: „Die progressive Einkommenssteuer war keine naturwüchsige Folge des allgemeinen Wahlrechts, sondern wurde von den Kriegen auf den Plan gerufen.“ (S. 694).

## Erbschaftssteuer

In Frankreich wurde „bereits 1791, gleich nach der Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels, ... eine Schenkungs- und Erbschaftssteuer ... eingeführt.“ (S. 449). Bemerkenswert ist auch, „dass in Amerika seit den 1910er Jahren auf jene großen Erbschaften, die man als unvereinbar mit den amerikanischen Werten empfand, ebenso eine starke progressive Steuer erhoben wurde wie auf Einkommen, die als übertrieben hoch galten.“ (S. 463).

„Im 19. Jahrhundert waren die Progressivsteuern außerordentlich niedrig: gerade 1-2 % für die Übertragung von Eltern auf Kinder. Eine solche Steuer kann, einmal pro Generation erhoben, keine nennenswerten Auswirkungen auf die Vermögenskonzentration haben... Anders sieht es aus mit Steuern von 20-30 %, ... wie sie ... von 1914 bis 1945 in den meisten der reichen Länder auf die größten Erbschaften erhoben wurden... Die Erbschaftssteuer, die in Deutschland auf die größten Vermögen erhoben wird, ist nie über 15-20 % gestiegen, während sie in Frankreich häufig 30-40 % erreicht hat.“ (S. 487/488). Bei der „progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer“ hielten „die Vereinigten Staaten den Spitzensteuersatz von den 1930er bis zu den 1980er Jahren zwischen 70 % und 80 %“ (S. 682).

Piketty berichtet über Vorschläge zu einer massiven Besteuerung von Erbschaften. So habe „Irving Fisher, der *Präsident der American Economic Association*“ (S. 680), schon 1919 einen Steuersatz vorgeschlagen, „der sich auf zwei Drittel der Erbschaft beläuft und auf 100 % steigt, wenn das Vermögen schon in der dritten Generation besteht.“ (S. 681). Und: Émile Durkheim hatte 1893 sogar vorhergesagt, die modernen demokratischen Gesellschaften seien auf Dauer mit der Erbschaft nicht vereinbar und würden darum schließlich dafür Sorge tragen müssen, dass mit dem Ableben der Person ihr Besitzrecht erlischt.“ (S. 562).

Piketty liefert einen „Entwurf einer europäischen Vermögenssteuer“ (S. 716-721) und sieht die Höhe der Erbschaftssteuer in Abhängigkeit von den sonstigen Steuern. „Für den Fall von Steuern, die nur einmal pro Generation erhoben werden, wie bei der Erbschaftssteuer, kann man sich durchaus sehr hohe Sätze vorstellen: ein Drittel, die Hälfte, ja mehr als zwei Drittel des übertragenen Vermögens für den Fall der größten Erbschaften in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien zwischen 1930 und 1980.“ (S. 716/717).

## Weitere Instrumente

Für die Verringerung des Gewichts der Privatvermögen stehen durchaus weitere politische Maßnahmen zur Verfügung, auf die in der Geschichte zurückgegriffen wurde. Das geschah „insbesondere in Frankreich durch die Annullierung der Staatsschulden und die Schaffung eines großen staatlichen Sektors nach dem Zweiten Weltkrieg“ (S. 171). Für Frankreich erwähnt Piketty neben den **Verstaatlichungen** und der Inflation auch die 1914 eingeführte Einkommenssteuer sowie **Mietpreisbindungen** (S. 362). Die Verstaatlichung von Unternehmen (z. B. Renault) erfolgte als Strafe für die Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht (S. 742).

Wenn der Eindruck entstehen sollte, dass den Staatsfonds (z. B. der der Ölförderländer) relevante Teile der westlichen Länder gehören würden, hält Piketty folgende politische Reaktionen für vorstellbar: „Das könnten **Beschränkungen des Erwerbs oder Besitzes** nationaler Immobilien-, Industrie- und Finanzwerte durch Staatsfonds, ja es könnten **partielle oder totale Enteignungen** sein.“ (S. 614/615).

Eine radikale Besteuerung von Spitzeneinkommen haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere Deutschland und Frankreich dadurch erspart, dass sie „andere Wege erkundet haben, etwa das öffentliche Eigentum an Unternehmen und die **direkte Festsetzung der Gehälter ihrer Führungskräfte**“ (S. 680).

## 4. Anmerkungen

Piketty hat unter einem Titel, der viel Platz für unterschiedliche Vorstellungen über den Inhalt lässt, ein umfangreiches Werk zur Analyse der Verteilung des Reichtums vor allem in Frankreich, den Vereinigten Staaten, Großbritannien und auch Deutschland vorgelegt und auf dieser Basis Vorschläge für alternative politische Gestaltungsansätze entwickelt. Die differenzierte Betrachtung von Vermögen und Einkommen (und diese wiederum unterschieden in Kapital- und Arbeitseinkommen) erfolgt auf Basis von Zahlenreihen, die oft weit über 100 Jahre zurückreichen und die Erfassung von Veränderungen und ihren Ursachen sowie Strukturvergleiche ermöglichen. Die faktenbasierte historische und politisch-ökonomische Analyse legt den Blick frei für Erkenntnisse von erheblicher politischer Relevanz. Piketty kann zeigen, dass sich die großen Unterschiede zwischen „Oben“ und „Unten“ in der Gesellschaft über die letzten mehr als 100 Jahre nicht gravierend verändert haben und in Zukunft insbesondere in den USA ein weiteres Auseinanderklaffen droht. Piketty entdeckt allerdings mehrere Strukturveränderungen mit erheblicher politischer Bedeutung: (1) es ist auf Kosten der oberen 10 % eine „neue Mittelschicht“ mit einem erheblichen Anteil am Volksvermögen entstanden, (2) es gibt an der Spitze der Einkommenspyramide eine relativ große Gruppe von Großverdienern vor allem von Super-Managern (bei einem relativ geringen Anteil von Medien-Stars), und es hat sich (3) auf globaler Ebene eine deutliche Verringerung des Anteils der reichen Länder am Welteinkommen ergeben. Aber auch wenn die Armen vielleicht weniger arm sind und sich eine breitere Mittelschicht herausgebildet hat: festzustellen sind anhaltende riesige Unterschiede mit der Gefahr, dass es zu einem „unbegrenzten Anwachsen der globalen Vermögensungleichheiten“ (S. 787) kommt.

Die über die Jahrhunderte erfolgten Erbschaften haben zur Verfestigung der Ungleichheiten ebenso beigetragen wie die Steuervermeidung des Kapitals und die Flucht in Steueroasen. Die vorhandenen Staatsschulden sind nicht ernsthaft problematisch: ihnen stehen Vermögenswerte des Staates in annähernd gleicher Höhe gegenüber, und ihre Finanzierung ist in der Regel durch die bei den (reichen) Bürgern vorhandenen Mittel gesichert. Das u. a. wird belegt am Beispiel von Italien, dem Land mit dem zwischen 1970 und 2010 höchsten Anstieg des Privatkapitals und der höchsten privaten Ersparnis. Beklagt wird die insgesamt große Diskrepanz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Piketty möchte die Umverteilung zugunsten der Finanziers des Staates (Zinszahlungen) vermeiden und stattdessen die Staatsaktivitäten lieber über Steuereinnahmen absichern – eine langanhaltende Phase ohne Zinsen konnte er 2013 noch nicht voraussehen. Das gilt auch für die Vorstellung, der Ölpreis könne im Jahr 2020 bei 200 Dollar pro Barrel liegen und es den

Staatsfonds der Erdölförderländer ermöglichen, relevante Vermögensanteile in den westlichen Industrienationen zu erwerben.

Die über weit mehr als 100 Jahre verfestigten (Verteilungs-)Strukturen haben sich nur in Phasen von Kriegen, Krisen und Inflation zu Ungunsten des Kapitals und der Reichen verändert – statistisch-relativ, nicht in Bezug auf persönliches Leid.

Piketty erwähnt vereinzelte historische Erfahrungen mit Verstaatlichungen, sieht aber nach den Erfahrungen mit planwirtschaftlichen Systemen vor allem in Osteuropa hier keine Zukunft. Er diskutiert nicht ernsthaft die Frage nach einer grundlegenden Änderung der Gesellschaftsformation, und er entwirft kein Bild z. B. von vertretbaren Unterschieden bei Vermögen und Einkommen. Der gesamte Ansatz hat einen klaren Fokus (die Verteilung des Reichtums) mit dem Ergebnis, dass er die bestehenden Vermögens-Unterschiede und vor allem ihre wahrscheinliche weitere Verschärfung ebenso wie besonders hohe Einkommen für nicht akzeptabel hält. Eine klare Definition dessen, was er „unverhältnismäßige Vermögensungleichheiten“ (S. 787) nennt, liefert Piketty allerdings ebenso wenig wie eine Beschreibung von akzeptablen Ungleichheiten. Regulierende Eingriffe sollen im Rahmen einer sozialstaatlichen globalen marktwirtschaftlichen Ordnung erfolgen, es geht um die Zähmung und Kontrolle des Kapitalismus. Als politische Hauptinstrumente zur Lösung des Problems stellt Piketty steuerliche Regelungen des Staates vor.

Es geht (1) um eine globale progressive Kapitalsteuer auf Basis von finanzieller Transparenz auf internationaler Ebene (Bankdatenaustausch statt Bankgeheimnis, internationales Finanzkataster), die z. B. bei einem Vermögen von über 5 Millionen Euro mit 2 % greift und Milliardäre mit 5 % oder gar 10 % belastet; alternativ oder ergänzend ist auch eine einmalige Vermögensabgabe vorstellbar, die z. B. ein Vermögen von mehr als 5 Millionen Euro mit zu 20 % heranzieht. Piketty selber hält diese Vorstellung für eine Utopie, die kaum von allen Staaten im globalen Gleichschritt umgesetzt werden dürfte; er plädiert für sanfte Einstiege auf europäischer Ebene, aber auch das dürfte nicht einfach werden. Und es bleibt die Frage, ab welcher Schwelle die beschriebene und kritisierte massive Ungleichheit der Reichtumsverteilung auf längere Sicht wirklich (und wie deutlich) verringert werden würde.

Die (2) vorgeschlagene massive Erbschaftssteuer (vorstellbar sind ein Drittel, die Hälfte, mehr als zwei Drittel des übertragenen Vermögens, gefordert wurden auch schon 100 %) hätte erhebliche Wirkungen, wenn auch die vor dem Erbfall in der Regel in gleicher Höhe erfolgten Schenkungen einbezogen werden könnten. Hier verzichtet Piketty nicht nur auf Überlegungen zur Umsetzung, sondern auch auf weitere Ausführungen; bei einer Erbschaftssteuer von 100 % gäbe es irgendwann wohl nur noch Staatsvermögen und keine auf Privatkapital basierende Gesellschaftsordnung mehr.

Die (3) Einkommenssteuer wird von Piketty selbst als Erfindung des 20. Jahrhunderts qualifiziert und ändert wenig an der Vermögensverteilung. Sie kann aber sehr große Einkommen begrenzen – der ideale Spitzensteuersatz, mit dem es langjährige historische Erfahrungen u. a. in den USA gibt, liegt nach Piketty bei 80 %.

Ein wesentliches Instrument (4) zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit (und zur Finanzierung der Staatsschulden) ist das Unterbinden von Steuerhinterziehung und der Flucht des Kapitals in Steueroasen mit Hilfe eines automatisierten Austausches von Bankdaten und des Aufbaus eines Finanzkatasters (anstelle der Akzeptanz des Bankgeheimnisses); wenn Vermögenswerte mit einem Volumen von minimal 10 % des weltweiten BIP (oder sogar ein Vielfaches davon) in Steueroasen versteckt sind, dann liegt hier ein erhebliches Potenzial.

Pikettrys empirisch belegte Feststellung, dass in den letzten 150 Jahren keine relevanten Veränderungen durch „gewaltfreie demokratische Rationalität“ erreicht wurden, sondern nur im Gefolge von Kriegen erzwungen wurden (S. 362), erhöht leider nicht die Hoffnung auf einen wirkungsreichen Umsetzungserfolg seiner Vorschläge.

Bei der Bewertung des Werkes von Piketty sollte man nicht danach suchen, was es alles nicht leistet (z. B. Aussagen zu Funktionsmechanismen des kapitalistischen Systems, zur Krisenanalyse, zur Unternehmenskonzentration, zu Internet und Digitalisierung, zum Strukturwandel der Arbeit etc.). Es gibt einen klaren Fokus, und geleistet wird auf nahezu 900 Seiten weit mehr, als erwartet werden kann – auch wenn hier keine „Vollständigkeit“ geboten wird: interessant wäre z. B. eine nähere Untersuchung der Differenzierung der „Unterschicht“ (der ärmeren 50 %) sowie der Unterschiede zwischen den Unterlassen der armen und der reichen Länder. Aber das Buch wird zurecht gelobt. Piketty bietet faktenbasierte Analysen und politische Vorschläge, deren Umsetzungsprobleme und mögliche Lösungswirkungen der weiteren Diskussion bedürfen.